

die Verabschiedung zahlreicher Resolutionen zum festen Ritual einer ÖRK-Vollversammlung. Unter massivem Zeitdruck verabschiedeten die fast 1000 Delegierten zum Abschluß des Treffens in Harare Erklärungen zur Verschuldungskrise, zum Problem der Globalisierung, zum Status von Jerusalem und zu den Menschenrechten anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums der UN-Menschenrechtserklärungen. Im Jahr 2000 soll eine vom ÖRK auszukurfende „Dekade zur Überwindung der Gewalt“ beginnen, nach dem Vorbild der Frauendekade zwischen 1988 und 1998, der ein Festival unmittelbar vor der Vollversammlung gewidmet war.

Die Vollversammlung billigte wie üblich auch Programmschwerpunkte bzw. -richtlinien für die Arbeit des Ökumenischen Rates in den nächsten Jahren. Er soll sich demnach intensiv mit dem Thema Sexualität befassen, mit der Förderung eines „Ökumenismus des Herzens“, der stärker auf Gottesdienst und Spiritualität setzt, mit Gewaltlosigkeit und Versöhnung, Globalisierung, Schuldenerlaß und der inklusiven Gemeinschaft. Zu den Schwerpunkten, die in Harare gebilligt wurden, gehört schließlich auch das Bemühen um

„kreative Methoden“ zur Bewältigung der ÖRK-Aktivitäten mit weniger Personal und geringeren Finanzmitteln.

Die Arbeit des ÖRK wird nach wie vor fast ausschließlich von Mitgliedskirchen aus Europa und Nordamerika finanziert, wovon dabei wiederum der größte Einzelposten auf die EKD entfällt. Etwa 40 Prozent des Gesamthaushalts werden mit Zuwendungen aus Deutschland bestritten. Nach Aussagen des Finanzausschusses bei der Vollversammlung ist die Finanzlage des ÖRK gegenwärtig stabil; doch gebe es für die nächsten Jahre Anlaß zur Sorge.

Die *katholische Kirche* war in Harare wie schon bei den letzten Vollversammlungen mit einer stattlichen Beobachterdelegation vertreten, geleitet von Bischof *Mario Conti* (Aberdeen), dem katholischen Vorsitzenden der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ von ÖRK und katholischer Kirche. Der Präsident des Einheitsrates, Kardinal *Edward Idris Cassidy*, war durch die gleichzeitig tagende Bischofssynode für Ozeanien (vgl. ds. Heft S. 65) an der Teilnahme in Harare verhindert.

Katholikos Aram sprach in seinem Bericht vor der Vollversammlung von einer erheblichen Intensivierung der Zu-

sammenarbeit zwischen ÖRK und katholischer Kirche in den letzten Jahren durch die Gemeinsame Arbeitsgruppe, die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und die Kommission für Weltmission und Evangelisierung. Es komme in der bevorstehenden wichtigen Phase im Leben des ÖRK darauf an, auf den Erfahrungen der bisherigen Diskussionen im Rahmen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe aufzubauen und gleichzeitig zu versuchen, mit der katholischen Kirche zusammen „noch geeignetere Wege für die Vertiefung und Ausweitung des Rahmens der Zusammenarbeit zu finden.“

Generalsekretär Raiser entwarf in Harare eine „ökumenische Vision für das 21. Jahrhundert“: Die Stärke der ökumenischen Bewegung liege in einem „weltweiten Netzwerk von Beziehungen, das die Kirche an jedem Ort stützen kann in ihrer Bemühung, wirklich Kirche zu sein, lebendige und zukunftsfähige Gemeinschaften zu bilden, tragfähige Nachbarschaften aufzubauen, Zuflucht und Raum für diejenigen zu bieten, die verloren oder ausgegrenzt sind“. Die künftige Rolle des ÖRK in diesem ökumenischen Netzwerk bleibt aber nach der Achten Vollversammlung zumindest vorerst unklar. U. R.

In Berlin Flagge zeigen

Die katholische Kirche braucht ein Hauptstadt-konzept

*Was bewirkt der Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin für den deutschen Katholizismus? Wie sollte die katholische Kirche künftig in der deutschen Hauptstadt präsent sein? Ulrich Pöner, Geschäftsführer der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* und Stellvertretender Leiter der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, skizziert Elemente für ein umfassendes katholisches Hauptstadt-konzept.*

Im Laufe des Jahres 1999 nehmen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ihren Sitz in Berlin. Zwar wurde der „Bundesstadt“ Bonn vorläufig eine Reihe von Regierungsfunktionen belassen; gleichwohl darf als sicher gelten, daß die Stadt bereits mit dem Umzug den Charakter eines politi-

schen Zentrums verlieren wird. Denn auch jene Ministerien, die zunächst einmal ihren Hauptsitz in Bonn behalten (müssen), richten derzeit in Berlin Kopfstellen ein, so daß ein Großteil der politischen Kernfunktionen schon vom nächsten Jahr an nach Berlin verlagert sein dürfte.

Selbst dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das wegen des in Bonn im Aufbau befindlichen Nord-Süd-Schwerpunktes fest am Rhein verankert zu sein scheint, ist in den Plänen für die Regierungsgebäude in Berlin ein eigenes Haus zugewiesen, in dem – zunächst einmal – ungefähr 50 Mitarbeiter ihren Dienstsitz nehmen werden. Ein weitergehender „Rutschbahn“-Effekt – eingeleitet durch die Entscheidung des Bundesrates, entgegen dem ursprünglichen Beschluß sein Domizil nun doch in Berlin zu errichten – dürfte sich de facto als unvermeidlich erweisen.

Die begründeten Marginalisierungsängste der in Bonn mit erstem Sitz verbliebenen Ministerien bzw. der in diesen Ministerien tätigen ambitionierten jüngeren Beamten; die in der Zukunft offenkundig werdenden praktischen Probleme, die mit einem doppelten Regierungssitz verbunden sind; die erhöhten Kosten, die dieses „Modell“ hervorruft – all dies wird einen mehr oder minder schleichenden Prozeß der weiteren Verlagerung von Regierungsfunktionen nach Berlin in Gang halten. Das bedeutet nicht notwendigerweise die Verschiebung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen. Denkbar ist vielmehr, daß die eher administrativen Funktionen der Ministerien auch künftig in Bonn wahrgenommen werden.

Vermutlich wird Bonn ein bedeutender Standort der Bundesadministration bleiben; ein Standort von Politik wird es nicht mehr sein.

Die Kirchen sind in Berlin nur schwach verankert

In der nach der Vereinigung geführten Debatte um den künftigen Regierungssitz stand das katholische Deutschland mehrheitlich auf Seiten der Bonn-Befürworter. Es war symptomatisch, daß die meisten Abgeordneten aus den eher katholisch geprägten Ländern (Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen) in der Bundestagsentscheidung vom Juni 1991 gegen eine Verlegung von Regierung und Parlament votierten. Bei den nicht-preußischen Landsmannschaften und den (seit 1815) „muß-preußischen“ Rheinländern und Westfalen wirkte die historische Erinnerung an ein Berlin nach, das als Symbol für Preußentum, Zentralismus und Nationalismus stand.

Und für Anti-Katholizismus: Unter den Katholiken in Deutschland gilt Berlin seit dem letzten Jahrhundert als Ausdruck eines Preußens, das von Bismarck in betonter Frontstellung gegen die Katholiken einmal als protestantischer Staat apostrophiert wurde und das unter Ausschluß der katholischen Österreicher einen deutschen Nationalstaat unter eigener Dominanz schuf. Berlin ist Symbol eines preußischen Deutschen Reiches, dessen politische Führung die Katholiken als „Reichsfeinde“ einschätzte und die Kirche im Kulturkampf mit scharfer Repression belegte. Eine umfassende Entspannung im Verhältnis von Katholizismus und deutschem Staat trat erst mit der Gründung der Bundesrepublik ein: ein

Staat, in dem die Katholiken demographisch etwa die gleiche Stärke besaßen wie die Protestanten und die kulturelle und politische Dominanz Preußens gebrochen war. Seit den Zeiten der Anbahnung eines deutschen Nationalstaates waren die Katholiken damit erstmals wieder in einem deutschen Staat angekommen – in der „Bonner Republik“.

Der Umzug von Regierung und Parlament symbolisiert das Ende der „Bonner Republik“, nicht aber das Ende der Bundesrepublik. Es steht zu erwarten, daß die „Berliner Republik“ bei der Bewältigung der Aufgaben, die sich ihr unter radikal veränderten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Bedingungen stellen, auf die Erfahrungen der sogenannten „alten Bundesrepublik“ zurückgreift. Eine deren Traditionen fortführende Politik dürfte sich auch künftig nach innen auf die Sicherung individueller Freiheiten, die Zivilisierung gesellschaftlicher Konflikte und eine möglichst weitreichende soziale Partizipation aller Bürger ausrichten, nach außen auf machtpolitische Selbstdisziplinierung, fortgesetzte Bemühungen um gute Nachbarschaft und Völkerverständigung sowie um die Einbindung in supranationale europäische Strukturen und in die internationale (Verantwortungs-)Gemeinschaft.

Aber das darf den Blick nicht dafür trüben, daß die Lebens- und Erfahrungswelten der neuen Kapitale die künftige Politik (der Form und dem Inhalt nach) mitbestimmen werden. Nichts wäre fehlgeleiteter als die Annahme, die Wahl eines neuen Regierungssitzes bedeute eine bloß räumliche Verlegung, die Prozeß und Inhalt von Politik letztlich unberührt lasse. Zweifellos hatte *Gerhard Schröder* recht, als er im Mai 1998, damals noch Ministerpräsident, auf die Frage „Wird sich die Politik in Berlin ändern? Gibt es einen anderen Politikstil als in der ‚Bonner Republik‘?“ antwortete: „Ich glaube schon. Berlin ist eine Metropole. Allein seine Größe und Vielschichtigkeit, die Tatsache, daß Probleme viel deutlicher sichtbar sind, all das wird Auswirkungen haben. Auch auf Politiker, die hier arbeiten und leben. Ich bin ziemlich sicher, daß dieses vollkommen andere soziokulturelle Umfeld diejenigen verändern wird, die hier politisch agieren. Wie sollte das anders sein.“

Den *Kirchen* (und allemal der katholischen, der gerade einmal zehn Prozent der Berliner angehören und die im gesellschaftlichen Leben traditionell schwach verankert ist) drohen damit schwere Wetter. Die Berliner Bevölkerung – mehr als die Hälfte gehört zu keiner Religionsgemeinschaft – wird von den Kirchen nur schwer erreicht. Das religiös-demographische Profil des „Umfeldes“ von Politik ist in Berlin damit ein gänzlich anderes als am bisherigen Regierungssitz, wo 80 Prozent der Bevölkerung christlich und die meisten davon katholisch orientiert sind.

„Daß diese Tatsache eines nichtchristlichen Umfeldes auch Einfluß hat auf Regierungsstil und auf Regierungsinhalte, be-

darf keiner Frage. Die Atmosphäre prägt die Vorbereitungen von Entscheidungen, so daß der christliche Einfluß merklich zurückgehen wird.“ Was Kardinal *Meisner* in diesen Worten bedauert, löst bei *Rudolf Augstein*, der vor allem den Rückgang des katholischen Einflusses im Blick hat, Freude aus: „Wir sind kein Staat mehr, der vom römischen Kardinal Ratzinger über die ‚Rheinschiene‘ des Kölner Kardinals Meisner irgendwelche Anweisungen für unsere praktische Politik entgegenzunehmen hätte.“

So „katholisch“ und noch dazu „klerikal“, wie hier unterstellt, ging und geht es auch in der alten Bundesrepublik nicht zu. Wohl aber ließen die katholische Prägung von Stadt und Region das politische Bonn zu einem vertrauten Geläuf für die Kirche werden. Zum einen: In den unteren und mittleren Rängen der Administration finden sich naturgemäß viele Beamte und Angestellte, die aus der näheren und weiteren Umgebung stammen und eine mindestens nicht christentumsferne Sozialisation erfahren haben. Zum anderen: Die mittlere Größe der Stadt, die Dominanz eines mittleren bis gehobenen Bürgertums und die kulturprägende Kraft eines rheinischen Katholizismus, der sozial wie kulturell-ideologisch eher auf Integration denn auf Zuspitzung setzt – all diese Faktoren bildeten in Bonn einen soziokulturellen Raum aus, der den Emanzipations- und Aufklärungsschüben der vergangenen Jahrzehnte ihre abrupt-umstürzende Wirkung nahm. Anders als in den Metropolen ist das öffentliche Klima in Bonn bis heute nicht durch explizite Christentums- und Kirchenfremde gekennzeichnet.

Diese kurzen Hinweise genügen, um zu erkennen, daß das politische Zentrum in Berlin gänzlich anderer Art sein und völlig anderen Bestimmungsfaktoren ausgesetzt sein wird, als dies in Bonn der Fall war. Schon kurz- bis mittelfristig sind verschiedene Entwicklungen absehbar, die im Gesamtergebnis einen deutlich verminderten kirchlichen Einfluß auf das künftige politische Geschehen bedeuten.

Es steht eine dynamische Neuformierung der politischen Klasse bevor

Veränderungen stehen zum einen in der *Ministerialbürokratie* an. Hier ist ein beschleunigter Austausch der mittleren Eliten schon deshalb unvermeidlich, weil bisherige Beamte und Angestellte die sich bietenden Gelegenheiten nutzen werden, den aus privaten Gründen ungeliebten Umzug nach Berlin zu umgehen. Bei den dadurch hervorgerufenen personellen Veränderungen kommen jene Jahrgänge verstärkt zum Zuge, die deutlich weniger kirchenverbunden sind als die derzeit in der Bonner Bürokratie noch dominierenden. Bereits in diesem Übergang zur Berliner Republik und darüber hinaus je länger desto stärker werden sich in der Administration die regionalen Gewichte verschieben: Der Anteil

der Nord- und Nordostdeutschen sowie derer, die aus der Region Berlin-Brandenburg stammen, wird in den Bundesministerien deutlich steigen. Diese Entwicklung wird zu einem massiven *Rückgang des katholischen Elements* in der Ministerialbürokratie führen.

Umfang und Geschwindigkeit dieses Prozesses werden sich noch erhöhen, nachdem CDU und CSU, die Parteien mit stark katholischer Komponente, nicht mehr in der Bundesregierung vertreten sind. Der mit dem Regierungswechsel verbundene Austausch auf den höheren Rängen der Bürokratie wird die Gewichtsverteilung zwischen den Konfessionen, mehr aber noch zwischen Kirchegebundenen und Konfessionslosen verändern.

Für die politischen Einflußmöglichkeiten der Kirche nicht weniger bedeutsam ist die dynamische *Neuformierung der politischen Klasse*, die sich vor allem aus Parlamentariern und Mitarbeitern der Parteiapparate, aus Referenten von Abgeordneten und aus den politischen Stiftungen, aus wissenschaftlichen Politikberatern und Lobbyisten aller möglichen Provenienz, aus Journalisten, Teilen der Professoren- und Künstlerschaft und Akademiedozenten zusammensetzt. Die politische Klasse funktioniert als sich stets neu ausprägendes Geflecht teils formeller, teils informeller Kontakte, die in Diskussionsforen und Hinterzimmergesprächen, auf Tagungen und bei Empfängen, bei Vortragsveranstaltungen und beim mittäglichen Lunch usw. usf. angebahnt und gepflegt werden. Es herrscht ein ständiger Austausch von Informationen und Meinungen, eine Art Markt, bei dem der Zugang durch gemeinsame oder divergierende Interessen ebenso gesteuert wird wie durch Status und Einflußmöglichkeiten der Akteure und durch Loyalitäts- und Vertrauensverhältnisse.

Nichts deutet bislang darauf hin, daß es der katholischen Kirche gelingen wird, sich durch qualitative und quantitative Präsenz auch in der Berliner Republik eine relevante Beteiligung an den Diskurs- und Handlungszusammenhängen der *classe politique* zu sichern. Eine solche Präsenz war unter Bonner Bedingungen ja nicht nur durch das Katholische Büro, sondern ebenso durch die übrigen zentralen Einrichtungen (Sekretariat und Zentralstellen der Bischofskonferenz; Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken) und die kirchlichen Dienststellen und Hilfswerke im weiteren Rheinland (Aachen, Köln, Düsseldorf, Essen) ermöglicht. Zudem ist nicht nur sicher, daß sich aufgrund des neuen Standortes der Regierung der Anteil der Katholiken im Umfeld von Politik verringern wird, sondern es steht auch zu vermuten, daß selbst diejenigen Organisationen, die bislang eine gewisse Kirchnähe aufwiesen, in Berlin durch ein kirchenferneres Personal vertreten sein werden. Vertraulich lassen z. B. auch Repräsentanten der Konrad-Adenauer-Stiftung verlauten, daß der künftige Berliner Mitarbeiterstab „säkularisierter“ ausgerichtet sein werde als die bisherigen Bonner Stäbe.

Das von protestantischen Traditionen vorgeprägte und aktuell weithin kirchenfremd-säkularistische Berlin wird nicht nur den unmittelbar politischen Betrieb mitbestimmen. Die Auswirkungen des kulturell-gesellschaftlichen Profils von Berlin werden sich ebenso auf den nationalen Selbstverständigungsdiskurs, auf das Ringen um Orientierung und geistige Signatur der Gesellschaft erstrecken. Dieser Diskurs hat noch einmal seine Rückwirkungen auf das Politische, indem er auf dessen untergründige Struktur und Richtungsanzeige einwirkt. In ihm aber steht mehr, nämlich letztlich die Identität der Gesellschaft auf dem Spiel. Berlin als neues Zentrum von Staat und Gesellschaft bedeutet deshalb für den Katholizismus nicht nur die Gefahr politischen Bedeutungsverlustes, sondern auch der soziokulturellen Marginalisierung.

Diese Diagnose geht davon aus, daß Berlin in gänzlich anderer Weise Zentrum der Republik sein wird als Bonn. Berlin wird sein, was Bonn nie war und wegen seines nicht-metropolitanen Charakters auch nicht werden konnte: Hauptstadt. Es gehörte zu den Charakteristika der alten Bundesrepublik, daß sie multizentrisch, ein Staat ohne Hauptstadt war. Mit der deutschen Einheit, die West-Berlin aus seiner Insellage heraus- und die beiden Hälften Berlins zu einer Stadt zusammenführte, kam jener Prozeß in Gang, in dessen Verlauf Berlin nun wieder zu einer Metropole von internationalem Rang wird und langsam in die Funktion einer Hauptstadt hineinwächst.

Der Bundestagsbeschluß über den Sitz von Regierung und Parlament hat diese Entwicklung intensiviert und dynamisiert. Er bedeutete die Abrundung der Hauptstadtfunktionen durch Verankerung der politischen Entscheidungsprozesse in der Kapitale und votierte grundsätzlich und vermutlich irreversibel dafür, daß Deutschland in Zukunft wieder eine Hauptstadt klassischen Zuschnitts haben soll. Eine Hauptstadt dieses Typs konzentriert die gesellschaftlichen Ressourcen und versammelt die Eliten. Sie gibt dem nationalen Selbstverständnis Ausdruck und ist Ort der Selbstvergewisserung der Gesellschaft und der Auseinandersetzung und Verständigung über deren Selbstentwurf. Die Hauptstadt ist Motor und Trendsetter für die Gesamtgesellschaft. Die im künftigen Deutschland virulenten individuellen Leitbilder und kollektiven Identifikationen werden wesentlich auch durch die in der Kapitale Berlin gebildeten soziokulturellen Erfahrungswelten präformiert sein.

Dieser Prozeß ist bereits angelaufen. Nicht nur das politische Bonn einschließlich der Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen siedelt nach Berlin, sondern auch Einrichtungen wie die Stiftung Wissenschaft und Politik, die sich bisher mit einem Klein-Büro am Regierungssitz begnügt hatte. Signifikanter für den von der Hauptstadt ausgehenden Sog aber ist z. B. der Umzug der bisher in München angesiedelten Zeitschrift „Merkur“, eines der führenden intellektuellen Blätter der Republik, dessen Redaktion ihren Platz im künfti-

gen Zentrum der geistigen Auseinandersetzung nehmen will. Schon ist auch erkennbar, daß sich die Debatten um das Selbstverständnis Deutschlands auf Berlin zu konzentrieren beginnen. Der Streit um die zentrale Holocaust-Gedenkstätte, die Auseinandersetzung um die Bundesnutzung und Umgestaltung der im Nationalsozialismus und in der DDR entstandenen hoheitlichen Gebäude, die Diskussionen um die städtebauliche Entwicklung Berlins, den möglichen Wiederaufbau des Berliner Schlosses oder die auf Geheiß des damaligen Kanzlers in der Neuen Wache aufgestellte Kollwitz-Plastik – der Streit um historische Erinnerung und Identität der Deutschen macht sich an Berlin fest. Und er wird mit der Übersiedlung der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Eliten in Zukunft auch von dort aus entschieden. Die Berufung eines im Bundeskanzleramt ansässigen Staatsministers für Kultur paßt sich nahtlos in dieses Bild ein. An der Berlin-Präsenz der Kirche entscheiden sich folglich mehr als deren Einflußmöglichkeiten im unmittelbar politischen Raum. Zur Debatte steht, ob die katholische Kirche mittel- und langfristig ein relevanter Akteur des gesellschaftlichen Diskurses bleibt. Schon ein flüchtiger Blick in die Geschichte zeigt übrigens, daß die Kirche hier keinesfalls mit neuen Mechanismen konfrontiert ist. Die junge christliche Gemeinde und die ersten Führungsfiguren des Christentums strebten sofort Rom, dem Zentrum der antiken Welt, zu. Unbestritten ist das Christentum im klassischen Altertum als Religion der Städte groß geworden. Umgekehrt beginnt die Auszehrung der europäischen Kirche in den zurückliegenden beiden Jahrhunderten mit einem zunächst schleichenden Niedergang in den modernen Städten, wobei der katholischerseits unternommene Versuch, die eigenen Bastionen auf dem Land gegenüber den Einflüssen der Stadt abzuschirmen, weithin gescheitert ist.

Es braucht ein umfassendes Hauptstadt-konzept

Solche Einsichten sind natürlich auch Kirchenführern in Deutschland geläufig. In einer bemerkenswerten Ansprache anlässlich der Grundsteinlegung für die Gebäude der Katholischen Akademie in Berlin und der Deutschen Bischofskonferenz hat deren Vorsitzender, Bischof *Karl Lehmann*, herausgearbeitet, daß es für die Katholiken „nicht so einfach“ sein werde, „in der Bundeshauptstadt Zeichen ihrer geistigen, religiösen, ja auch kirchlichen Präsenz [zu] setzen“, und zugleich den Willen der Kirche hervorgehoben, „in Berlin stärker präsent“ zu sein. Zur Verwirklichung dieses Desiderats dürfte es jedoch auf allen diesbezüglich relevanten Ebenen der Kirche noch an konzeptioneller Klarheit mangeln. Und man wird vermuten dürfen, daß auch die von Bischof Lehmann angemahnte kraftvolle Bereitschaft, sich der Probleme auf der Höhe der Herausforderung anzunehmen, nicht allorten ausgebildet ist. Deutlicher gesagt: Die historisch begründete mentale Distanz des westdeutschen Katholizismus

gegenüber der „Reichshauptstadt“ droht zum lähmenden Gift für die erforderliche Neuorientierung zu werden. Durchaus gibt es seitens des Erzbistums Berlin und einiger Ordensgemeinschaften Bemühungen im Bereich von Pastoral und Schulwesen, um die mit dem bevorstehenden Zuzug von katholischen Bundesbediensteten gestellten Aufgaben zu bewältigen. Auch ist die neue Katholische Akademie in Berlin ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine katholische Hauptstadtpräsenz. Organisationen wie z. B. der Deutsche Caritas-Verband oder das Hilfswerk Misereor leisten durch ihre Verbindungsbüros einen Beitrag zur Verankerung der katholischen Kirche im politischen Berlin. Das katholische Militärbischofsamt wird an die Spree ziehen. Und Erwähnung finden sollen auch Initiativen wie das „Foyer für Gespräche zwischen Kirche, Gesellschaft, Politik“ oder die Gardini-Stiftung, die von Berlin aus im kulturellen Bereich Kontakte nach Osteuropa schlägt.

Aber all das bleibt Stückwerk, wenn es der katholischen Kirche nicht gelingt, ein *umfassendes Hauptstadtkonzept* zu entwickeln. Sieben Jahre nach dem Bundestagsbeschluß über die Verlegung des Regierungssitzes ist dieses jedoch noch nicht in Sicht: Die *Bischofskonferenz* schickt zwar das Katholische Büro nach Berlin, will aber ihr Sekretariat und die Zentralstellen in Bonn belassen. Das *Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)* hat entschieden, künftig mit einem Referenten in Berlin präsent zu sein, und beabsichtigt im übrigen, mit seinem gesamten Apparat weiterhin am Rhein zu residieren. Die Verhandlungen für eine *Katholisch-Theologische Fakultät* in Berlin sind versendet, und es ist nicht bekannt, auf welche Weise der Katholizismus andere intellektuelle Markierungen in der Berliner Landschaft setzen will. Nichts war je davon zu hören, daß irgendeine der zahlreichen Einrichtungen und Institute, die die katholische Kirche in Westdeutschland unterhält, nach Berlin verlegt und dort (nur so allerdings würde es Sinn geben) hauptstadtfähig gemacht werden sollte.

Die Uhr für den notwendigen Richtungswechsel ist noch nicht abgelaufen, aber die Zeit wird knapp. Noch hat sich die politische Klasse der Berliner Republik nicht konstituiert. Noch sind die alten Netzwerke wirksam und können – Präsenz vorausgesetzt – am neuen Ort funktionsfähig gehalten werden. Noch sind die neuen Kontakte nicht geknüpft, und die Kirche kann sich noch in einen Prozeß der Neuorientierung hineinbegeben, der allerorten durch Suchbewegungen charakterisiert ist. Noch gibt es in Berlin keine eingeschliffenen Zugangswege und Routinen. Aber in verhältnismäßig kurzer Zeit wird dieser chancenreiche Moment verstrichen sein.

Noch sind in der Berliner Republik auch die Strukturen des gesellschaftlich-kulturellen Diskurses amorph. Noch ist die Kirche nicht daran gehindert, mit Institutionen intellektueller Strahlkraft und Attraktivität einen renommierten Platz im geistigen Leben des künftigen Zentrums einzunehmen. Aber

auch auf diesem Feld kann sie in wenigen Jahren den Anschluß verpassen. Es ist deshalb *Zeit, jetzt* zu handeln.

Das grundsätzliche Gegenargument gegen eine umfassend ausgelegte katholische Hauptstadtpräsenz gründet in der Vermutung, daß eine Verlagerung kirchlicher Strukturen nach Berlin eine Schwächung der politischen Relevanz der regionalen Katholizismen bzw. der katholisch geprägten Regionen mit sich bringe. Demgegenüber komme es darauf an, die Profilierung dieser Regionen gegenüber dem kulturellen und politischen Zentrum Berlin zu betreiben, um so auch innerhalb der Berliner Entscheidungsprozesse katholische Gewichte in die Waagschale werfen zu können.

Dieser Gedanke betont zu Recht die strategische Notwendigkeit, den politischen Katholizismus im Interesse einer Verteidigung des föderalen Charakters der Bundesrepublik zu positionieren und die regionale Prägestärke des Katholizismus als Chance der politischen Einflußnahme im Zentrum zu nutzen. Er geht aber grundlegend fehl, wenn mit diesen Erwägungen eine mindere Präsenz in der Hauptstadt legitimiert werden soll. Denn der Föderalismus kann sich mittelfristig nur behaupten, wenn er sich im Zentrum selbst als politischmächtig erweist. Und der Katholizismus kann seine regionalen Stärken im Bund nur zur Geltung bringen, wenn die „Transmission“ an die Orte des nationalen Diskurses strukturell tragfähig organisiert ist. Andernfalls würden aus den Regionen Provinzen, und der Katholizismus würde zu einer Art geistig-kultureller Provinz, deren Attraktivität, Gestaltungs- und Widerstandskraft zunehmender Auszehrung ausgesetzt wäre.

Mehr Präsenz der überdiözesanen Einrichtungen in Berlin

In den überdiözesanen Fragen ist die Deutsche Bischofskonferenz das zentrale Leitungsgremium der Kirche in Deutschland. Bei ihr liegt deshalb auch die Hauptverantwortung für ein stimmiges Hauptstadtkonzept. Besondere Verantwortung kommt zudem dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken zu.

Für die relevanten Organismen der Kirche ist es zunächst einmal erforderlich, sich Klarheit über die *Ziele* zu verschaffen. Vor dem Hintergrund der oben versuchten Analyse lassen sich diese wie folgt formulieren: Die katholische Kirche muß erstens im Umfeld von Regierung und Parlament quantitativ und qualitativ so verankert werden, daß sie im politischen Bereich weiterhin ihrer Rolle als einer der wesentlichen wertorientierenden Akteure gerecht werden kann. Die katholische Kirche muß zweitens in Berlin intellektuell ausstrahlungsfähige Institutionen aufbauen, um den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen, unter denen der gesellschaftlich-kulturelle Selbstverständigungsdiskurs der Berliner Republik künftig Gestalt annehmen wird.

Eine qualifizierte Präsenz der katholischen Kirche in den politischen, politiknahen und gesellschaftlich prägenden Prozessen, die in der Hauptstadt generiert werden, kann nur erreicht werden, wenn die wesentlichen *überdiözesanen Einrichtungen der Kirche* in angemessener Stärke in Berlin vertreten sind. In erster Linie betrifft das (neben dem Katholischen Büro) das Sekretariat und die Zentralstellen der Bischofskonferenz und das Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Diese Präsenz hat zwei Aspekte: Sie ist zum einen die Anwesenheit der Institutionen, die als solche im gesellschaftlich-politischen Prozeß erkennbar werden. Zum anderen geht es auch um die konkrete Präsenz einer ausreichenden Zahl qualifizierter Kirchenvertreter(innen) in den wesentlichen Diskurszusammenhängen und -milieus.

Gegen diese Überlegungen wird eingewandt, daß die EKD während der Bonner Jahrzehnte den Großteil ihrer Behörden in Hannover angesiedelt hatte und wohl auch künftig mit ihrem Kirchenamt dort vertreten sein wird. Der Hinweis auf die bisherige evangelische Präsenz am Regierungsort übersieht jedoch die gänzlich andere politisch-kulturelle Prägekraft der künftigen Kapitale: Was in Bonn im Sinne politischer Verbindungsarbeit der Kirche ausreichen mochte, genügt unter den Bedingungen einer Hauptstadt, die gesellschaftliche Eliten zusammenführen und den nationalen Diskurs neu strukturieren wird, eben nicht mehr. Was andererseits die zukünftige Vertretung des Protestantismus in Berlin betrifft, so hat dieser nicht nur den eminenten Vorteil einer gewachsenen und auch institutionellen Verankerung in der Stadt, sondern, ganz praktisch, auch den einer guten Verkehrsanbindung. Die Hauptstadt ist von Hannover aus auch heute schon in nur 100 Minuten Bahnfahrt erreichbar. Hannover werde deshalb, so ein Abteilungsleiter im Kirchenamt, für die EKD zu einem etwas entlegenen „Vorort“ von Berlin. Die Situation der katholischen Kirche ist erkennbar in jeder Beziehung eine andere.

Bei der Entscheidung über den künftigen Ort der zentralen kirchlichen Einrichtungen wird zu beachten sein, daß die faktische Möglichkeit einer intensiven Kooperation der Bischöflichen Dienststellen untereinander sowie zwischen Sekretariat/Zentralstellen der Bischofskonferenz, Katholischem Büro und Generalsekretariat des ZdK auch von deren räumlicher Nähe abhängig ist. Es war – damals auf Bonn bezogen – genau dieser Gedanke, der die Bischofskonferenz in den 70er Jahren nach langem Ringen veranlaßt hat, ihr Sekretariat dorthin zu verlegen, wo das Katholische Büro und das ZdK bereits seinen Sitz hatten. Es sollte nicht zu gering veranschlagt werden, daß bereits mit dem Ortswechsel des Katholischen Büros nach Berlin eine als funktionsfähig erwiesene Struktur der Zusammenarbeit, vor 25 Jahren mühselig genug verwirklicht, mindestens partiell beseitigt wurde. Außenstellenlösungen oder Teil-Verlagerungen der anderen

Institutionen würden diesen ungesunden Trend einer Abflachung des Kommunikationsniveaus zwischen den zentralen kirchlichen Einrichtungen weiter verstärken.

Unterzieht man den Bereich von Sekretariat und Zentralstellen der Bischofskonferenz einer gesonderten Betrachtung, so ist nicht übersehen, daß diese Einheiten auch heute schon – wenn auch in sehr unterschiedlichem Umfang – in Kontakten mit dem politischen und politiknahen Bereich stehen und deshalb in ihrer alltäglichen Arbeit von der Verlegung des Regierungs- und Parlamentssitzes betroffen sind. Zwar kann die Zentralstelle Pastoral die ihr gestellten Aufgaben in Bonn (oder auch anderswo) erfüllen, dies gilt aber nicht in gleicher Weise für die Pressestelle, da die mit politischen Fragen befaßten Journalisten künftig in Berlin anzutreffen sind. Auch stehen das Sekretariat und bestimmte politiknähere oder gesellschaftlich orientierte Arbeitsfelder der Zentralstellen Bildung, Medien und Weltkirche in Diskussions- und Handlungsbezügen, deren erstrangiger Ort demnächst die Hauptstadt sein wird.

Auf die Konzentration kulturell-gesellschaftlicher Eliten reagieren

Die gesellschaftliche und politische Kraft des Katholizismus zu mobilisieren, gehört zu den unaufgebbaren Kernzielen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Nicht nur ist das ZdK als bundesweite Vertretung des (Laien-)Katholizismus deshalb prädestiniert, zu einem der Eckpfeiler einer institutionellen wie personellen Hauptstadtpräsenz der katholischen Kirche zu werden, sondern es stellt sich auch die Frage, ob dem eigenen Auftrag und Selbstverständnis künftig von Bonn aus überhaupt Genüge getan werden kann. Jedenfalls ist das für einen Verbleib des ZdK in Bonn vorgebrachte Argument, das Generalsekretariat sollte seinen Sitz in der Nähe zu den Mitgliedsorganisationen haben, zwar unter praktischen Gesichtspunkten nachvollziehbar, doch übersieht es das Wesentliche: Gerade weil viele der im ZdK zusammengeschlossenen Organisationen im Westen residieren und deshalb keine Gelegenheit haben, auf der Berliner Bühne selbst ihre Beiträge zu leisten, muß die Aufgabe, den von den Mitgliedsorganisationen des ZdK vertretenen sozialen und politischen Katholizismus im Zentrum der Republik einzubringen, wenigstens vom Sekretariat der Dachorganisation wahrgenommen werden.

Dringlicher Klärungsbedarf in der Ortsfrage stellt sich für die in Trägerschaft der Bischofskonferenz und des ZdK stehende *Deutsche Kommission Justitia et Pax*. Sie ist (mit) zuständig für den Dialog mit Regierung, Parlament und gesellschaftlichen Gruppen im Bereich der entwicklungs-, menschenrechts- und friedenspolitischen Fragen. Dies erfordert Kontakte zum politischen und politiknahen Bereich ebenso wie eine enge Abstimmung mit dem Katholischen Büro. Die Arbeit der Kommission

und ihrer Geschäftsstelle wird sich also notwendigerweise nach Berlin verschieben, auch wenn – u. a. wegen des mindestens vorläufigen und teilweisen Verbleibs des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – weiterhin Kontakte in Bonn gehalten werden müssen. Dies gilt analog für die Aufgaben der Justitia et Pax-Geschäftsstelle, die sie in ihrer Funktion als katholische Geschäftsstelle der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung wahrnimmt.

Für eine Stiftung „Katholische Kirche in der Hauptstadt“

Die Konzentration kulturell-gesellschaftlicher Eliten und diskursmächtiger Institutionen in Berlin muß die katholische Kirche durch die Schaffung intellektuell innovativer und ausstrahlungsfähiger Einrichtungen beantworten. Nur wenn kirchliche Institutionen auch aufgrund ihres Niveaus als selbstverständliche Akteure der hauptstädtischen Diskurskultur anerkannt sind, kann eine christlichen Traditionen und Wertorientierungen gegenläufige kulturelle Hegemonie vermieden werden. Dies gilt um so mehr, als der Katholizismus diesem Prozeß in allenfalls begrenztem Maße durch eine Durchdringung lebensweltlicher Milieus in der Hauptstadt entgegenzuwirken vermag. Es werden also Leuchttürme benötigt – nicht groß der Zahl nach, aber weithin sichtbar.

Der Aufbau solcher Institutionen ist der Sache nach eine überdiözesane Aufgabe. Er kann auch organisatorisch und finanziell nur bewältigt werden, wenn er als „Bundesaufgabe“ der Kirche in Angriff genommen wird. Aus diesem Grunde wird der Vorschlag gemacht, in Trägerschaft des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) eine Stiftung „Katholische Kirche in der Hauptstadt“ zu gründen.

Schon mit Rücksicht auf die finanzielle Situation der katholischen Kirche wird man davon absehen müssen, sich auf die Schaffung neuer Institutionen zu konzentrieren. Statt dessen sollten unter dem Dach der Stiftung vor allem bereits vorhandene Einrichtungen versammelt und mit Blick auf die ihnen zukünftig zukommenden Aufgaben umgegründet werden. Die Zusammenführung solcher Institutionen in einer Stiftung gibt die Möglichkeit, die einzelnen Einrichtungen in ihren Funktionen aufeinander abzustimmen und in einer Kooperationsstruktur zu verbinden.

Die *Katholische Akademie Berlin* ist als Kernprojekt der Stiftung auszuweisen und zu entwickeln. Dabei kann an die beachtlichen Leistungen, die die Akademie in den vergangenen Jahren erbracht hat, und das erreichte Renommee angeknüpft werden. Das Ziel, sie zur ersten Adresse unter den Katholischen Akademien, zu einem zentralen Ort der Kommunikation von Gesellschaft und Kirche unter den Bedingungen der Berliner Republik zu machen, ist aber nur zu erreichen, wenn der Trägerkreis (bislang die ostdeutschen Bistümer)

geweitet und die Akademie zur „Katholischen Bundesakademie“ umgegründet wird. Nur auf diese Weise kann für die Akademie ein qualitativer Wachstumspfad erschlossen werden. Es ist bezeichnend, daß die laufende Umstrukturierung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg unter ähnlichen Vorzeichen erfolgt.

Zu den Institutionen, die unter dem Dach der Stiftung neu gestaltet werden sollten, gehört auch die *Sozialwissenschaftliche Zentralstelle*, die derzeit in Mönchengladbach angesiedelt ist. Die Zentralstelle hat in den vergangenen Jahren ihre Zuarbeiterfunktion für die Bischofskonferenz verloren und ist von rückläufiger Wirkung in Gesellschaft und Wissenschaft gezeichnet. Grundlegend reformiert und als Wissenschaftliches Zentrum für gesellschaftliche und internationale Fragen umgegründet, kann sie in Berlin die akademisch-intellektuelle Präsenz des Katholizismus stärken und zugleich Ressourcen für die anderen kirchlichen Einrichtungen bereitstellen. Mit der Ausweitung des thematischen Spektrums auf die internationalen Fragen wird das Wissenschaftliche Zentrum zugleich zu einem Instrument, mit dem die Kirche ihre universalistische Perspektive und Lebensform gegen die Versuche eines „national“ orientierten Diskurses in der Berliner Republik in Stellung bringt.

Das Projekt Katholisch-Theologische Fakultät sollte wieder aufgegriffen werden

Die Bemühungen um die Errichtung einer *Katholisch-Theologischen Fakultät* in Berlin sind zunächst einmal gescheitert. Angesichts der Bedeutung, die eine Fakultät für die katholische Präsenz in der Hauptstadt haben kann, sollte das Projekt jedoch neu aufgegriffen werden. Der wissenschaftliche Schwerpunkt der Fakultät sollte – im Interesse der gesellschaftlichen Wirksamkeit – auf sozialetischen und weltkirchlichen Fragen liegen. Eine innovative Dynamik könnte nicht zuletzt durch eine Internationalisierung, d. h. durch die internationale Anwerbung von Lehrenden und Studierenden, erreicht werden.

Die Kirche muß in den Verhandlungen mit staatlichen Stellen darauf achten, daß auch in Berlin keine Regelungen getroffen werden, die den an anderen Universitäten geltenden widersprechen. Gegenläufige staatliche Interessen waren letztlich für das Scheitern der zurückliegenden Verhandlungsrunde verantwortlich. Festigkeit im Prinzipiellen und die kreative Suche nach praktischen Lösungsmöglichkeiten müssen und dürfen sich indes nicht ausschließen. Geprüft werden sollte deshalb z. B., inwieweit eine kirchliche Bereitschaft, Stiftungslehrstühle in die Fakultät einzubringen oder von dritter Seite einbringen zu lassen, das für die Gründung der Fakultät erforderliche Entgegenkommen des Staates erleichtert.

Es braucht kaum eigens betont zu werden: Viele der hier un-

terbreiteten Vorschläge bedürfen noch genauer Prüfung und detaillierter Ausarbeitung. Einiges wird sich vielleicht nicht in der skizzierten Weise verwirklichen lassen. Manche weiteren Ideen sollten in die Diskussion einbezogen werden. Entscheidend ist, daß sich die katholische Kirche in Deutschland ernsthaft der Herausforderung stellt, eine strukturell zukunftsträchtige Präsenz in der Hauptstadt zu organisieren.

Ohne eine Verlagerung zentraler Einrichtungen und ohne den Aufbau intellektueller Zentren wird dies unmöglich sein. Mit den sich jetzt abzeichnenden nicht einmal halben Lösungen, mit der Bewahrung eines dysfunktional gewordenen status quo aber geht die Kirche den Weg der Selbstmarginalisierung. Sie droht zur provinziellen Randgröße der Berliner Republik abzusinken.

Ulrich Pöner

„Wir alle sind Europa“

Ein Gespräch mit dem Politologen Ludger Kühnhardt

Euro, Agenda 2000, Osterweiterung – das sind die großen Stichworte für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Wir sprachen mit dem Politologen Ludger Kühnhardt über die entscheidenden europäischen Herausforderungen der kommenden Jahre und die dafür notwendigen Reformschritte bei den europäischen Institutionen. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Kühnhardt, mit der Einführung des Euro Anfang dieses Jahres haben sich elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durch eine gemeinsame Währung aneinander gebunden und so eine neue Stufe der Integration erreicht. Haben sich dadurch auch die Chancen erhöht, daß es in absehbarer Zeit zu einer Politischen Union, zu so etwas wie den „Vereinigten Staaten von Europa“ kommt?

Kühnhardt: Ob am Ende der politischen Integration Europas die Bezeichnung „Vereinigte Staaten von Europa“ stehen wird, die ja sofort Assoziationen an die Vereinigten Staaten von Amerika weckt, steht auf einem anderen Blatt. Aber ich bin mir sicher, daß der Euro auch eine enorme politische Dynamik entfalten und so die große Vision einer Politischen Union voranbringen wird. Vielfach hat man beklagt, daß sich in den letzten acht oder zehn Jahren in Europa eine gewissermaßen hinkende Parallelität ergeben hat, weil die Wirtschafts- und Währungsunion schneller vorangekommen ist als die Idee einer Politischen Union, die immer mitgedacht und auch mitartikuliert wurde. Nur muß man dabei sehen, daß die gesamte europäische Integration von Anfang an immer auf der Logik beruhte, wonach die sektorale und funktionale Integration im Bereich des wirtschaftlichen Zusammenlebens eine gesellschaftliche und schließlich auch machtmäßige Verflechtung zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft erzeugt, die dann zum zwingenden Motor für die Politische Union werden würde. Europa war immer auch ein politisches Projekt, und wird als solches durch den Euro einen neuen Schub bekommen.

HK: Aber ist nicht auch ein anderes Szenario wahrscheinlich, daß nämlich manche EU-Mitgliedsstaaten durch die wirtschafts- und finanzpolitischen Konsequenzen der gemeinsamen Währung aufgeschreckt werden und den noch verbliebenen Rest ihrer nationalen Souveränität gegen eine weitere politische Integration um so hartnäckiger verteidigen?

Kühnhardt: Schon heute fallen etwa 80 Prozent der wirtschaftspolitischen Entscheidungen für die EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel, und diese Entwicklung wird sich durch den Euro beschleunigen. Damit stellt sich tatsächlich das Problem, das Sie angesprochen haben. Im Grunde stehen wir heute mitten in einer europäischen Verfassungsdiskussion, in einer Debatte über die Verfaßtheit Europas im metaphorischen Sinn, aber auch im konkreten juristischen Sinn der Festlegung von Kompetenzen, Mandaten und Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Zusammenlebens der Menschen und Völker in Europa: den Kommunen, den Regionen, den Einheiten, die den deutschen Bundesländern entsprechen, den Nationalstaaten und der europäischen Ebene.

„Dem Prozeß des Zusammenwachsens eine konstitutionelle Grundlage geben“

HK: Muß dieser Diskussionsprozeß in eine geschriebene europäische Verfassung münden oder könnte bzw. sollte man sich mit weniger anspruchsvollen Lösungen zufriedengeben?